



Bei alledem dürfen wir nicht vergessen: Die technischen Risiken wachsen mit längeren Laufzeiten an. Dabei waren die nur rechnerisch 32 Jahre Laufzeit im Atomkonsens bereits ein Zugeständnis an die Betreiber und an den existenten Kraftwerkspark. Aber passen ansteigende Risiken durch längeren AKW-Betrieb nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 noch in die politische Landschaft?

Die Energiewirtschaft steht vielmehr in der Pflicht: Mit Vereinbarung des Atomkonsens war klar, dass es erheblichen Er-

neuerungsbedarf im Kraftwerkspark gibt. Statt in klimagerechte Neuanlagen und Techniken zum Stromsparen haben die AKW-Betreiber Energie in die Bekämpfung des Atomkonsens gesteckt. Wieder einmal hält eine Branche ihre Zusagen in der Umweltpolitik nicht ein. Warum sollte jemand glauben, dass diese Branche nach Verlängerung der Laufzeiten mehr Vertragstreue zeigt?

Wir wollen statt dessen vorrangig mit Erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung den Stromsektor

umstellen. Die verbleibenden Lücken sollen klimafreundliche fossile Kraftwerke schließen. Atomkraft hat in einer zukunftsfähigen Energiestrategie dagegen keinen Platz.

Mehr Aufstiegschancen durch Weiterbildung

Die Koalition wird im Herbst das sogenannte Meister-BAföG weiter entwickeln. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu Eckpunkte beschlossen. Ziel ist es, mehr Menschen bessere Aufstiegschancen durch Weiterbildung zu eröffnen.

Das sogenannte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (Meister-BAföG) steht wie kaum ein anderes Gesetz für den sozialdemokratischen Ansatz, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Daher wollen wir die Attraktivität und Wirksamkeit des Meister-BAföGs deutlich erhöhen und die Zahl der Geförderten bereits mittelfristig um mindestens 50 Prozent steigern.

Sicherung der Fachkräftebasis

Das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion sieht vor, die förderfähigen Fortbildungen zu erweitern (Altenpflege, Erzieherinnen und Erzieher), Förderleistungen zu verbessern und Förderlücken zu schließen (u.a. Erhöhung des Zuschussanteils für den Unterhalt, Einbeziehung der Prüfungsphase in die Unterhaltsför-

derung), die Familienförderung auszubauen (Erhöhung des Kinderzuschlags beim Unterhaltsbeitrag) sowie die Förderung von Migrantinnen und Migranten auszuweiten. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung wird den Bundestag im Herbst erreichen. Ziel ist es, dass die geplanten Neuregelungen 2009 in Kraft treten können.

Die geplante Reform des Meister-BAföG ist Teil eines umfassenden Konzepts der SPD zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland. Gute und gleiche Aufstiegs- und Teilhabechancen aller Menschen und die langfristige Absicherung der Grundlagen unseres Wohlstandes sind zwei Seiten einer Medaille.